

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag.a Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Hannes Taborsky (ÖVP), Dr.in Katarzyna Greco, MBA (ÖVP), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Mag.a Ursula Berner, MA (GRÜNE), Peter Florianschütz, MA MLS (SPÖ) und Marina Hanke, BA (SPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 18.10.2022.

Beibehaltung der EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation

Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine hat Russlands Präsident Wladimir Putin den Krieg zurück nach Europa gebracht. Dieser Krieg ist auf das Schärfste zu verurteilen, denn er verstößt vehement gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine und die europäische Sicherheitsordnung als Ganzes.

Putin verstößt mit diesem Krieg gegen das geltende Völkerrecht und versucht damit die europäische Sicherheits- und Rechtsordnung auszuhöheln sowie russische Energieexporte nach Europa als wirtschaftliche Waffe einzusetzen.

Doch das ist so nicht hinzunehmen. Die Europäische Union steht entschlossen und geeint, dies mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden. Die österreichische Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang ebenso von Beginn an klar gemacht, dass es im Widerstand gegen den Angriffskrieg Russlands ein international geeintes Handeln sowie Hilfe für die Opfer des Krieges benötigt.

Als gezielte, treffsichere, wirkungsvolle und entschlossene Antwort auf die rechtswidrige Invasion der Ukraine, hat die EU eine Reihe von Sanktionen gegen Russland verhängt.

Sie ergänzen die bestehenden Maßnahmen, die seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim gegen Russland verhängt worden sind.

Insgesamt acht Sanktionspakete hat die EU innerhalb weniger Monate beschlossen – das zeigt eine klare Geschlossenheit und Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Damit soll es der Russischen Föderation unmöglich gemacht werden, den Angriffskrieg gegen die Ukraine und das brutale Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung fortzusetzen.

Zu Beginn des Ausbruchs des Krieges herrschte große Einigkeit über die Sanktionen gegen Russland. Doch in letzter Zeit sind Stimmen aufgekommen, die deren Wirksamkeit in Frage stellen.

Diese Diskussion geht an den Tatsachen vorbei.

Wir dürfen nicht den Fehler machen, uns hier in Europa spalten zu lassen und auf Putins Propaganda hineinzufallen.

Es ist enorm wichtig, die weitreichenden Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Denn es muss ein starkes Zeichen gegen die Kriegsverbrechen wie Massenvergewaltigungen und Folter von Seiten der Russischen Föderation gesetzt werden. Die begangenen Massaker der russischen Streitkräfte an der ukrainischen Zivilbevölkerung etwa [in Butscha](#) sind ein schreckliches Beispiel dafür, wie Russland in diesem Krieg vorgeht. Zuletzt gab es auch Bombardierungen in der Stadt Kiew. Doch die Ukraine hat in den vergangenen Wochen auch erfolgreich Gebiete im Osten sowie Süden des Landes zurückerobert.

Denn eines ist klar: Durch die Sanktionen ist die Russische Föderation bereits jetzt unter wirtschaftlichen Druck geraten – und wird diesen umso mehr langfristig zu spüren bekommen.

Viele russische Wirtschaftssektoren leiden bereits jetzt unter den Sanktionen. Sanktionen gegen die Einfuhr von Halbleitern haben beispielsweise direkte Auswirkungen auf russische Unternehmen, die Unterhaltungselektronik, Computer, Flugzeuge, Autos oder militärische Ausrüstung herstellen. So steht etwa der Automobilsektor massiv unter Druck, so haben fast alle ausländischen Hersteller beschlossen, sich aus Russland zurückzuziehen. Die russische Produktion erlebte bereits Einbußen. Ebenso steht die russische Luftfahrtindustrie aufgrund den vielen zivilen Flugzeugen ausländische Herkunft vor großen Herausforderungen. Dazu kommt die massive Abwanderung russischer Eliten mit Tausenden von hochqualifizierten Fachkräften, die das Land verlassen haben.

Mit den bisher beschlossenen Sanktionen wird es somit zu einer wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Isolation Russlands beigetragen, wobei deren voller Effekt noch stärker in Zukunft spürbar sein wird.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Für Wien als Menschenrechtsstadt verurteilt der Wiener Gemeinderat den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russland gegen die Ukraine.

Weiters unterstützt der Wiener Gemeinderat die vielfachen Unterstützungsmaßnahmen der EU gegenüber der Ukraine und setzt sich für eine Aufrechterhaltung von treffsicheren und wirkungsvollen Sanktionen der EU gegenüber Russland ein.

Auf die völkerrechtswidrige Invasion der Ukraine durch Russland braucht es eine geeinte und starke Antwort der EU.

Daher fordert der Wiener Gemeinderat die österreichische Bundesregierung sowie die EU auf, den geeinten Weg der Sanktionen beizubehalten und nicht der Kreml-Propaganda mit dem Ziel der Spaltung Europas zu verfallen.